



## „Flucht und Europa“

Das Europaforum der SPD Rheinland-Pfalz sieht in Migration und Flucht nach Europa eine langfristige Herausforderung für die Europäische Union. Eine nachhaltige europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik zeichnet sich durch ein breites Portfolio an politischen Maßnahmen aus. Wir sprechen uns dafür aus, folgende Aspekte in einem gemeinsamen europäischen Politikansatz zu verfolgen und zu implementieren. Es gibt keine Priorisierung der Unterpunkte:

1. Der **europäische Wertekanon** muss gerade in der Flüchtlingspolitik besonders hervorgehoben und unterstrichen werden.
2. Die **Entsolidarisierung** in der EU muss aufhören. Deutschland muss eine partnerschaftliche und mit allen Mitgliedsstaaten abgestimmte Politik betreiben. **Gemeinsame Entscheidungen** müssen von allen Mitgliedern auch gemeinsam getragen werden.
3. Die **Fluchtursachen** müssen an der Wurzel geheilt werden. Die Herausforderungen liegen in den betroffenen Ländern, dort muss agiert werden, um langfristige und nachhaltige Erfolge zu erzielen.
4. Dazu müssen die EU-Mitgliedsstaaten ihre **finanziellen Zusagen einhalten** und jeweils insgesamt 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungspolitik zielgerichtet einsetzen.
5. Eine **europäische Entwicklungshilfepolitik** sowie eine **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** muss kohärent umgesetzt werden. Die EU mit all ihren Mitgliedsstaaten muss in ihrer Nachbarschaft und darüber hinaus auch weiterhin ihre Rolle als Friedensmacht spielen. Das geht nur, wenn diplomatische sowie außen- und entwicklungspolitische Instrumente besser koordiniert werden. Globale Herausforderungen wie Klimawandel, Ernährungssicherheit und ausreichende Gesundheitsversorgung stärker in die Außen- und Entwicklungspolitik der EU und den

Mitgliedstaaten einfließen. Der oder die Hohe Beauftragte für Außen- und Sicherheitspolitik muss dauerhaft eingebunden und gegenüber nationalen Außenminister/innen real aufgewertet werden. Europa muss mit einer Stimme sprechen.

6. Besonderes Augenmerk gilt den Bemühungen für **Good Governance** sowie der Unterstützung der Schaffung einer bürgerlichen Mittelschicht über Nichtregierungsorganisationen sowie einer echten Gleichberechtigung von Frauen.
7. Das Schließen von **Fluchtrouten** verlagert nur die Problematik und dient nicht der Lösung des Problems.
8. Europa braucht ein gemeinsames **Asylsystem** auf hohem Niveau.
9. Das **Dublinverfahren** ist nicht zeitgemäß und unterminiert den europäischen Solidaritätsgedanken. Wir brauchen eine solidarische europaweite Regelung mit klaren Kriterien, um Flüchtlinge auf alle Mitgliedstaaten zu verteilen.
10. **Waffenexporte aus Deutschland** und Europa müssen dringend minimiert und auf das Zielland hin überprüft werden. Deutsche und europäische Waffen gehören nicht in Konfliktregionen und Krisengebiete.
11. **Kultur- und Bildungspolitik** sind wichtige Werkzeuge mit denen sowohl eine allgemeine europäische Sensibilisierung als auch eine aktive Entwicklungshilfepolitik betrieben werden kann.
12. **Graswurzelprojekte** zwischen Schulen, Vereinen und Kommunen müssen ausgebaut und verstärkt werden.
13. Die Partnerschaft zwischen **Rheinland-Pfalz und Ruanda** dient als good-practise Beispiel und sollte Vorbild für ein gleichartiges Engagement anderer Regionen und Länder sein.
14. Die Einstufung in einen **sicheren Herkunftsstaat** muss fundiert und stichhaltig sein und darf kein Mittel sein, um Fluchtursachen auszublenden.
15. **Rücknahmeabkommen** müssen auf einem europäischen Wertefundament stehen und einen gemeinsamen Kriterienkatalog aufweisen.
16. Alle Mitgliedsstaaten müssen die Bürgerinnen und Bürger intensiver und umfassender über das Thema Flucht, deren Ursachen und Hintergründe **informieren und bilden**.

17. Die EU muss aufkeimende **internationale Konflikte** früher aktiv angehen und schneller Lösungsmechanismen entwickeln.
18. **Europäische Handelspolitik** muss die Bedürfnisse der Entwicklungsländer stärker berücksichtigen und den fairen Handel gleichberechtigt ausgestalten. Handelsverträge müssen Sozial- und Umweltstandards beinhalten, die Arbeitnehmerrechte einschließlich eines existenzsichernden Mindestlohns in den jeweiligen Partnerländern sichern.
19. Das **Schengensystem** mit offenen Grenzen in Europa ist ein zentraler Bestandteil der EU und muss bewahrt werden. Der Schutz der EU-Außengrenze muss im Einklang mit den vielen hier genannten Maßnahmen und Politikansätzen verstanden werden. Eine bloße Abschottung ist nicht zielführend.
20. Wir müssen mehr **legale Wege** für Menschen schaffen, die in Europa arbeiten wollen.
21. Die Flüchtlingskrise ist zunächst und vor allem eine humanitäre Krise, die jedoch langfristige Auswirkungen hat und darum langfristig angelegte Maßnahmen erfordert. Die **Integration von Flüchtlingen** in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt ist daher eine Herausforderung, die von allen relevanten Akteuren frühzeitig angegangen werden muss. Entscheidende Bedeutung für eine erfolgreiche soziale Inklusion ist der Zugang zu Wohnraum, Gesundheitsversorgung und Sozialschutz. Darüber hinaus ist es wichtig, den Flüchtlingen Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren, um ihnen ihre Menschenwürde und ihr Selbstwertgefühl wiederzugeben. Während dafür gesorgt werden muss, ausreichende Unterstützung für Maßnahmen zur sozialen Inklusion und zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt bereitzustellen, muss gleichzeitig vermieden werden, dass irgendeine Art von Wettbewerb zwischen den am stärksten benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaften um den Erhalt solcher Unterstützung entsteht.